

Sensation in Genf.

Was ist in den letzten Jahren nicht alles über die Abrüstungsfrage geredet und geschrieben worden! Und immer noch bietet Europa, rüstungspolitisch gesehen, dieses seltsame Bild: Deutschland an Grund des Versailles Diktates so gut wie völlig entrüstet, ohne allgemeine Wehrpflicht, in seiner Verteidigung angewiesen auf ein kleines Heer von Berufsoldaten, das seine Mission, seine schwere Artillerie, seine Panzerarmee und seine Flieger hat. Nebenbei bemerkt darf Deutschland an seiner Westgrenze auch keinerlei Befestigungsanlagen haben und durch die entmilitarisierte Zone längs des Rheines liegt deutsches Land für jeden fremden Zugriff offen da. Rings an das deutsche Reich aber grenzen Staaten, die ihre militärischen Kräfte auf den höchsten Stand gebracht haben, also sämtliche modernen Waffen und dazu starke Besatzungen besitzen und die außerdem noch zum Teil — wie Frankreich, Polen, Tschechoslowakei und Südtirol — durch besondere Bündnisse die sich ganz offensichtlich gegen Deutschland richten, untereinander zum militärischen Zusammenwirken gegenseitig verpflichtet haben. Und um das Bild zu runden: Frankreich hat seine Grenze gegen Deutschland schließlich noch durch ein geradezu raffiniertes angelegtes Befestigungssystem geschützt.

Das also ist das seltsame Europa-Bild von heute. Das Versailles Diktat hat ja nun in Aussicht gestellt, daß die Entmilitarisierung Deutschlands für den Beginn der allgem. Abrüstung dienen werde, aber lange Jahre hat niemand daran gedacht, mit der Verwirklichung dieses potentiellen Versprechens Ernst zu machen. Frankreich vor allem hat es ausgesprochen verstanden, hat ab immer weiter aufzurufen, indem es sich darauf berief, daß erst die „Sicherheit“ eines Landes gewährleistet sein müsse, ehe man an die Herabsetzung der Rüstungen denken könne. Aber selbst als Frankreich den Locarno-Vertrag in der Lausanne hatte, durch den Deutschland sich bekanntlich verpflichtet hat, seine heutige Wehr, und damit die französische Diktate anzuerkennen, war ihm seine „Sicherheit“ angeblich noch immer nicht garantiert. Auch der Kellogg-Vertrag, der jeden Angriffskrieg verbietet, hat an der französischen Auffassung nichts geändert. Immer wieder hebt Frankreich hervor an, daß es zuerst für die eigene Sicherheit sorgen müsse. — So wird man wohl bis zum St. Nimmerleinstag werden müssen, bis Frankreich mit der Abrüstung zu beginnen sich bereit erklärt.

Inzwischen ist in Genf auf Einladung des Völkerbundes die große internationale Abrüstungskonferenz zu Zusammengetreten. 54 Staaten aus der ganzen Welt, auch Nichtmitglieder des Völkerbundes — darunter Rußland und Amerika — sind vertreten. Am 2. Februar hat man die Konferenz eröffnet. Zunächst gab es eine lange allgemeine Aussprache, dann Spezialdebatten und Ausschüßberatungen und schließlich eine Verhandlungspause, die jetzt hinter uns liegt. Am Montag dieser Woche haben die Verhandlungen wieder begonnen. Eine vorbereitende Abrüstungskommission hat der Konferenz einen Vertragsentwurf vorgelegt, der aber so mangelhaft ist, daß Deutschland ihn entschieden abgelehnt hat. Dieser Entwurf sanktioniert nämlich die französische Auffassung, daß es in Rüstungsfragen zwei E r e i s s e gibt. Er will eine Abrüstungsmethode für schon abgerüstete Staaten und eine andere für solche Länder einführen, die noch nicht abgerüstet haben. Den erstgenannten sollen die entmilitarisierten Zonen des modernen Krieges, darunter die Fliegerstaffeln, auch weiterhin ebenfalls vorbehalten, wie die Ausbildung von Reservisten usw. während den

wichtigen Sondern das alles auch weiterhin gestattet bleiben. Wie sich da ein fluchtendes Bild der Rüstungen erheben läßt, ist das Geheimnis des vorbereitenden Abrüstungsausschusses geblieben. Ganz abgesehen von der moralischen Seite der Frage — eine solche Lösung würde nämlich die heutige entehrende Disqualifizierung Deutschlands und der anderen zwangsweise abgerüsteten Staaten (Österreich, Ungarn, Bulgarien) verneinen.

Deutschland hat nun der Konferenz einen Gegenentwurf vorgelegt, der, vom Grundlag der Gleichberechtigung ausgehend, die übrigen Staaten zu der gleichen Abrüstung verpflichtet will, wie die Deutschland bereits durchgeführt hat. Dieser Entwurf hat, wie zu erwarten war, auf der Gegenseite starke Kritik ausgelöst, der insbesondere von Frankreich kommt, aber auch von anderen Ländern der ehemaligen Kriegsteilnehmer anfangs unterstützt wurde. Das alles konnte nicht überhört werden. Aber jetzt hat es ganz plötzlich eine Sensation gegeben. Amerika hat nämlich im Anschluß der Konferenz den offiziellen Antrag eingebracht, die Abrüstungsmethode, vor allem Zangs und Löwe, Artillerie, völlig zu verbieten. England hat sich mit diesem Antrag, der einen wesentlichen Teil der deutschen Forderungen aufgenommen hat, einverstanden erklärt. Frankreich selbstverständlich bekennt sich amerikanische Antrag ebenfalls entschieden, wie es bisher sich gegen jede Initiative ausgesprochen hat, die die Abrüstungsmethode in dem Stadium theoretischer Erwägungen herauszuführen sich anschickte. Der amerikanische Antrag hat natürlich erhebliche Bedeutung. Denn jetzt wird die Konferenz ja schließlich irgendwie Farbe bekennen müssen. Man darf auf ihren weiteren Verlauf, der zweifellos noch sehrhafte und interessante Debatten bringen wird, daher gespannt sein. Insbesondere darauf, wie sich die Fremde Frankreichs dazu stellen, daß sich dieser Staat immer wieder als Störenfried aufspielt und jeden vernünftigen Fortschritt in der Abrüstungsfrage verhindert.

Störenfried Frankreich.

Genf, 13. April.

Der französische Ministerpräsident Lardieu hielt am Dienstag im Hauptsaal der Abrüstungskonferenz ganz unerwartet eine große programmatische Rede, in der er den Nachweis zu führen suchte, daß auf der Konferenz immer härtere Forderungen gestellt werden, die die Abschaffung der Waffen keine Wirkung der Abrüstungsfrage bedeuten würde. Lardieu betonte erneut, daß eine solche

nur durch die Annahme der französischen Vorschläge herbeigeführt werden könne. Die Konferenz stehe vor der Entscheidung, zwei Wege einzuschlagen, entweder einzelne Waffengattungen aufzuheben und zu verbieten, oder aber die Waffen einer internationalen Wacht zur Verwendung gegen einen angreifenden Staat, daher Verfügung zu stellen. Lardieu schloß seine Rede mit der Versicherung, daß ein Staat unter Druck des Kellogg-Vertrages zum Angriff schreiten könnte. Niemand hätte ernsthaft annehmen, daß ein solcher Staat sich durch ein internationales Abrüstungsabkommen hindern lassen würde. Infolgedessen müßten unbedingt internationale Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen er mögen werden.

Eine Unterredung zwischen Angriß- und Verteidigungsstaaten ist überhaupt nicht denkbar. Wenn man die großen Waffen endgültig aufgeben würde, so würde man

damit den angreifenden Staaten das uneingeschränkte Vorgehen geben und den angegriffenen Staat seiner Verteidigungsmöglichkeiten berauben. Das Beträfen würde niemals ausgeschlossen werden können. Die Technik dränge zwangsläufig zu neuen Erfindungen und Verbesserungen. Dem „Westentaschenkreuzer“ würde das „Westentaschenflugzeug“ und die „Westentaschenkanone“ folgen. Jedes Jährlingsflugzeug könne in ein Milliardeflugzeug umgewandelt werden, ebenso landwirtschaftliche Traktoren in Tanks. (!)

Sauptaufgabe der Abrüstungskonferenz könne unter diesen Umständen niemals die Abschaffung der Waffen, sondern nur die Organisation des Friedens sein. Die französische Regierung verlange eine internationale Waffenmacht zum Kampf gegen den Angreifer.

Schlechter Eindruck der Lardieu-Rede.

Die große Rede Lardieus im Hauptsaal hat in internationalen Konferenzkreisen einen wenig günstigen Eindruck hervorgerufen. Sie wird übereinstimmend auf die energielosen amerikanischen Abrüstungsvorschläge zurückgeführt, die für die französische Regierung eine schwierige Lage geschaffen hatten. Vor allem wird in weiten Konferenzkreisen die Erklärung Lardieus zurückgewiesen, daß der französische Vorschlag eines internationalen Sicherheits- und Garantieföhens und Schaffung internationaler Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen die einzig mögliche Lösung der Abrüstungsfrage bedeute.

Man erwartet in Konferenzkreisen, daß die Ausführungen Lardieus auf deutsche und italienische Seite lebhaftige Zurückweisung finden. Der italienische Außenminister hat sich für Mißtrauen zum Wort gemeldet.

Vulkanausbrüche in Südamerika.

Algen- und Staargegen. — Die Erde bebht.

Santiago (Chile), 13. April.

Seit einigen Tagen befinden sich sämtliche drei Vulkane, Desceobado, San Negro und Imquiquira, in ununterbrochener Tätigkeit.

Trotz der großen Entfernung ist das donnererähnliche Geräusch bis Santiago zu hören. Die nahe der Vulkane gelegenen Städte sind infolge ununterbrochener Ascheregen und Staubregen vollkommen verdundelt. Von den in der Nähe liegenden Dörfern ist keine Nachricht vorhanden. Die Bevölkerung leidet unter kalter Kälte.

In dem Departement Saint Raphael liegt die Höhe, die durch den Ausbruch des Vulkans Desceobado herausgehoben worden ist, bis zu 60 Zentimeter hoch. Südlich von Mendoza wurden verschiedene flache Erdbeben verzeichnet. Dazwischen erfolglos geblieben, infolge der Dunkelheit sind die Gefährte und Banken geschlossen worden. Selbst in Buenos Aires ist die Luft mit Staub erfüllt, der die Bevölkerung stark belästigt. Gleichseitig wird aus Valparaiso ein heftiges Erdbeben gemeldet. Man befürchtet, daß im kommenden Monat werden. Die chilenische Regierung hat Flugzeuge entsandt, die den Herd des Bebens bestimmen sollen, den man 150 Kilometer südöstlich von Santiago vermutet.

Die Stadt Mendoza an der chilenisch-argentinischen Grenze, die schon einmal durch ein Erdbeben zerstört wurde, ist durch einen Ascheregen fast vollständig abgedeckt worden. In der Nähe liegen die waldreichen Abhänge der Rotafurche aus Concepcion, die nördlichsten Abhänge

Wildwasser

Roman von Paul Grablin
Copyright 1931 by Romandienst Digs, Berlin W 33

In seiner Kammer hiebete er sich um, als etwas im Wirtschaft, allein für sich und wartend wie stets, dann ging er das Tat hinaus, wo die Salome oben in der Schlafarbeitete — als ob nichts weiter geschehen wäre.

Er ging, sich bei Pezza zu melden. Der sah ihn schon von weitem mit finsternem Blick herankommen. Aber als Portner nur vor ihm stand, lachte er, angedehnt sehr erfreut, und streckte ihm die Hand hin: „Hallo, da sind Sie ja wieder. Gratuliere! Es war auch ein tolles Spiel. Sie überbaupt erst feilschmücken. Na, die Hauptsache ist, daß Sie glücklich wieder da sind.“

Winzgen Portner sah dem Italiener ungenieß in Gesicht. Er hatte ein unbehagliches Gefühl bei dem Freundlichkeit. Franz Andreas briefliche Warnung, über die er bei sich nur gelächelt, fiel ihm nun mit einem Male doch wieder ein. Sorg und abbrechend antwortete er daher und ging gleich an seine Arbeit. Ein heimtückischer Blick glitt ihm nach; schließend wie eine Schlange.

Die Arbeit war vorüber, der Feierabend da. Winzgen sich aber heute nicht erst ins Dorf hinunter. Er läuberte sich nur und schritt dann die Straße aufwärts.

Nun nachts er sich dem Häuschen des Aufsehers, und sein Herz schlug schneller. Ob sie ihn gemahnen und nachher, wenn Pezza sie verlassen, auch hinaufkommen würde auf die Pezaso?

Woll Spannung schritt er so an der Behauptung Pezaso vorüber. Aber nur einen flüchtigen Blick warf er zu dem Häuschen hin, wo ja jetzt der Aufseher noch anwesend war. Ungeheim nur war es ihm, als ob er dabei für einen Moment einen Kopf hinter dem Fenster wahrnehme. Und langsam schritt er weiter.

Es war in der Tat jemand da drinnen ans Fenster getreten, vom Geräusch der Tritte auf der einamen Straße angeht. Aber Pezza selber war es gewesen. Verwundert sah er Portner draußen vorbeigehen, auffällig langsam, und nun

den Kopf herwenden. Da schlug sofort der lauernde Argwohn wieder in ihm empor.

Was hatte der hier herumgestrichen? Dreimal verdammt — es war da was zwischen dem und dem, was er nicht wollte.

Nat vor den Augen wurde es für einen Moment dem Pezza bei diesem Gedanken. Seine Hand zuckte zum Dolchmesser in der Tasche, das er nach der Spitze seines Landes stets bei sich trug. Aber gleich wieder würdte er seine Hut hinunter. Nein, nur ruhig bleiben, das fiel ihm in die Falle gingen — alle beide! Und mit einem ganz gleichgültigen Ton sagte er plötzlich, zum Fenster blickend, ins Zimmer hinein: „Da geht der „Student“ vorbei, scheint frische Luft nötig zu haben — nach dem Quartier unten in der Stadt.“

Es war der gewohnte stöhnende Ton, mit dem er über Portner stets zu reden pflegte. Aber aus den Augenwinkeln beobachtete er sie dabei. Doch wie klar er sie auch beobachtete, nicht das leiseste Spielchen ihrer Miene verriet etwas.

Und doch schrie es auf in ihr: Er hier! Also war er doch gekommen — all ihrem Wahren zum Trotz. Sie mußte sich gegen den Tisch lehnen, um nicht zu wanken. Aber sie durfte sich nicht verorten, sollte nicht alles unruhig gewesen sein.

Am Bewußtsein dessen ertrag sie Pezass bekundenden Blick, den sie auf ihrem Antlitz fühlte, mit einer ihr selbst verwunderlichen Ruhe.

Wie sie es gemohnt war, ohne jedes Anzeichen innerer Unruhe waltete sie ihres Willens im Saule. Sie ließ sich auch nicht ammenen, als Pezza sich nach der kurzen Straße, die er sich um diese Stunde genote, statt nun den gewohnten Gang ins Dorf zu nehmen, sich seine Pfeife stopfte und tat, als ob er bleiben wolle.

Aber er ließ die Luft in ihm noch heißer aufstoßen. Ja, sein Ring fiel es an, sehr tief — aber für ihn nicht sein genug. Dem Zeit mochte teilen ein Z für ein U. Und er fing sie doch noch.

In heimtückischen Entschluß klopfte er jetzt die Pfeife am Herd aus, griff zum Hut und sagte: „Ach gehe nun ins Dorf hinunter — wie nachher.“

Es war wie alle Tage, wenn er so ging. Aber ein unerklärliches, dumpfes Gefühl des Bangens lag auf Franz Andras. Sie hatte es sich nur nicht merken lassen. Doch nun, in sein Fortgang die ungeheure Spannung dieser gemalkamen Beherrschung löste, nun holte sie mit einem gepreßten Zuge tief Atem.

Dann trat sie ans Fenster und sah ihm nach. In seinem gewohnten Schritt, mit dem ihm eigenen sorglosen, unternehmenden Wägen in den Hüften, ging er die Straße talab — also natürlich nach dem Dorf.

Sie verfolgte ihn noch, als er drunten an der Wegung um die Felsede verschwand. Dann erit war sie beruhigt. So durfte sie denn also auch an ihren Weg denken. Zu dem letzten Zusammenkommen mit ihm, das ein Ringen werden würde — abgesehen davon, sie hätte es. Aber sie mußte der Sieger bleiben. Langsam trat sie vom Fenster weg und rüttelte sich für die sehr schweren Gänge. Dann stieg sie den Weg empor, der oben auf die Straße führte.

Winzgen Portner, der dort drohen schon voll Ungeudigt harte, sprang bei ihrem Erscheinen von seinem Sitz auf einem Fensterbrett sofort auf und kam ihr entgegen. Glühenden Profes, ein Zeugnis in den Augen, und streckte ihr die Hand hin.

Aber sie machte sich in unerändertem, langsamem Schritt, als trüge sie an einer schweren Last. Winzgen Portner gewahrte es, und wie freudig erhobenen Hände lanten ihm herab. Eine große Enttäuschung lag in seinem Ton, wie er nun sagte. „Ach hatte mir dies Absprechen anders gedacht!“

Sie nickte nur. Dann sah sie ihn an. Es war ein Glücken aus steifem Herzensgrund, das ihm die innere Freude an seiner Befreiung verriet; aber nur für einen Moment. Dann stand gleich wieder die Angst in ihren Augen.

„Warum sind Sie gekommen — trotz meines Warnens?“

Er blühte sie an. Wie mit einem Vorwurf. Das es das erst fragen mußte! Aber als sich in ihren Augen nichts änderte, da wozf er den Kopf mit einer kurzen Bewegung zurück und gab ihr nun Antwort: „Warum sollte ich nicht wieder hierher zurückkommen? Ich fürchte mich vor niemandem.“

Die Angst in ihrem Blick stieg höher.

„Sie kennen Pezza nicht? Er greift an — aus dem Hinterhalt!“

Es war etwas in ihrem Ton, daß es einen Moment liege an ihm empfehlenden wollte. Aber gleich wieder schüttelte er das ab. Eine harte, fast Entschlossenheit stand ihm nun den Mund.

„Gut, so werde ich auf meiner Hut sein. Aber fortlaufen? — Nein!“



Neubrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kogleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kogleben.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weis, Markt 31/33.
Fernsprecher: Amt Kogleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Hedra — Sautverein Artern.

Nr 45

Donnerstag, den 14. April 1932.

45. Jahrgang

Reh raus im Preußenparlament

Entwurf der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung angenommen.

In der letzten Sitzung des Preussischen Landtags vor den Neuwahlen fand nach kurzer Aussprache die namentliche Abstimmung über den Entwurf der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten statt. Wobei Erwarten wurden 232 Karten abgegeben, davon 228 mit Ja und 3 mit Nein. Eine Stimme war unglücklich. Das Haus war also beschlußfähig. Der Entwurf der Regierungsparteien war damit angenommen. Die Veränderung bewirkt, Sturz der Regierung und Neuwahl nur mit absoluter Mehrheit möglich zu machen. Die bisher geltenden Vorschriften forderten zwar für einen Regierungsturz die absolute Mehrheit, ließen aber die Neuwahl des Ministerpräsidenten mit einfacher Mehrheit zu.

Außer den Regierungsparteien, die anstehend bis zum letzten Mann erschienen waren, haben sich noch zwei Abgeordnete der Sozialistischen Arbeiterpartei und ein volksparteilicher Abgeordneter an der Abstimmung beteiligt und so dem Hause zur Beschlußfähigkeit verholfen und die Annahme des Initiativentwurfes der Regierungsparteien überhaupt erst ermöglicht. Die Christlich-Sozialen haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt, wohl aber der volksparteiliche Abgeordnete Langer, Oberhausen. Eine unglückliche Stimme hat der Zentrumspartei abgeordnet haben abgegeben.

Die Oppositionsparteien nahmen an der Abstimmung nicht teil.
Die Aussprache war sehr heftig. Die Regierungsparteien hatten auf jede Begründung ihres Entwurfs verzichtet.

Abg. Dr. Winterfeld (Dnt), erklärte am 21. April wurde sich entschieden, daß die Regierungsparteien keine Mehrheit mehr haben. Eine Umgehung des Willens des preussischen Volkes und der Reichs, ließ selbst an der Wahl zu erwarten, ist eine unerhörte Schandtat.

Abg. Engel (Dnt), besann, keine politischen Freunde seien nicht bereit, an diesem ausgeprochenen Schwindel mitzuwirken.

Abg. Siewert (Komm.), lehnt den Versuch der Koalitionsparteien, im letzten Augenblick vor den Neuwahlen die Geschäftsordnung zu ihren Gunsten zu ändern, mit Entschiedenheit ab.

Abg. Heilmann (Wirtschaftsp.), erklärt, die Weltmarer Koalition habe abgewirtschaftet. Eine Partei könne es ab durch die heftigste Veränderung der Geschäftsordnung dem Ausfall der Preußenwahl vorzugreifen.

Abg. Volkmer (Landvolk) nannte es kaum glaublich, daß sich die Regierungsparteien mit dem Todeszug des Landtags durch eine Lebensversicherung für das Weiterbestehen dieser Regierung einziehen wollten.

Abg. Rucke (Sinatsp.) wendet sich dagegen, daß es sich bei dem Antrag um eine Schiebung und ein Schwindel handle.

Abg. Lindner (Chr.-Soz.) weist in einer Erklärung auf die Opposition des Volksbundes gegen das Kabinett Braun hin, die in der nicht genügenden Wahrnehmung der erangenen Belange durch die Regierung begründet sei.

Abg. Bord (Dnt) erklärt die Begründung des Antrages für falsch und als neuen Beweis für die Schiebung. Damit schließt die Aussprache. Das Haus schreiet unter großer Spannung zur namentlichen Abstimmung. Die Oppositionsparteien, auch die Kommunisten, beteiligen sich nicht an der Abstimmung, bleiben aber im Saal. Die Abstimmung hat das oben mitgeteilte Ergebnis.

Abg. Kasper (Komm.) begründet dann den kommunalistischen Antrag über angebliche Beeinträchtigung der Wahlpropaganda der Kommunisten.

Er erklärt, die preussische Polizei habe einen unglaublichen Wahlterror gegenüber der Arbeiterklasse ausgeübt. Die Kommunisten lehnten es ab, Begünstigungen abzugeben. (Als Innenminister Severing den Saal betritt, rufen die Kommunisten im Chor: „Nieder mit dem Gammelpöbelminister!“) — Ohne weitere Aussprache wird der kommunalistische Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt, nachdem ein Antrag der Volkspartei, der allgemein jede Wahlbeeinträchtigung beseitigen wollte, gleichfalls abgelehnt worden war.

Gegen 14 Uhr schließt Präsident Wittmann die Sitzung mit der Erklärung, daß der gegenwärtige Landtag nun voraussichtlich nicht wieder zusammengetreten werde. Auf seine Bitte wird dem Präsidenten jedoch die Ermächtigung erteilt, gegebenenfalls den Landtag noch einmal einzuberufen.

Der Abg. Sauer (Oberhausen (Dnt)) gibt zu seiner Vertretung im Landtag über den Antrag der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung eine Erklärung ab, infolge einer Verweigerung in den Abstimmungen habe er lediglich ersichtlich sich an der Abstimmung über den Regierungsentwurf beteiligt, was nicht in seiner Absicht gelegen habe.

Nach der Präsidentenwahl.

Berlin, 13. April.

Am 11. d. wird mitgeteilt: Dem Reichspräsidenten sind aus Anlaß seiner Wiederwahl Glückwünsche von einer gro-

ßen Anzahl von Staatsoberhäuptern, ferner von den Staats- und Ministerpräsidenten deutscher Länder, von Provinzen und Städten, von Spitzenorganisationen und Verbänden, sowie viele Tausende privater Kundgebungen ausgegangen. Besonders zahlreich sind die Glückwünsche und Freundschaftsbriefe, die dem Reichspräsidenten aus Kreisen der Auslandsdeutschen zugegangen sind.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Arbeitsausschuß der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Landes: a) Dr. Gerete, Graf Westarp und Generalmajor a. D. von Winterfeldt sowie Staatsrat 3 D Kempner und sprach ihnen seinen Dank für die bei Durchführung der Wahl für ihn geleistete große Mithilfe aus. Ferner empfing der Reichspräsident den Oberbürgermeister Dr. Sahn und sprach auch ihm seinen Dank für die bei Vorbereitung der Kandidatur und der Wahl Hindenburgs geleisteten Dienste aus.

Brüning bleibt im Amt.

Der Reichsanwalt beim Reichspräsidenten. — Keine Demission des Reichskabinetts. — Neubestellung des Innen- und des Außenministeriums?

Der Reichsanwalt hat am Montagvormittag dem Reichspräsidenten den Bericht über die politische Lage erstattet, wie sie sich durch die Reichspräsidentenwahl gestaltet hat.

Im Anschluß daran hat Reichsanwalt Dr. Brüning, der üblichen Geflohenheit entsprechend, den Rücktritt des Gesamtkabinetts angeboten. Der Reichspräsident hat jedoch den Reichsanwalt ermahnt, von einer Demission abzuhehen.

Der Reichsanwalt wird am Mittwoch dieser Woche nach Genf reisen, um an der Befristungsgesamtsitzung teilzunehmen, deren Verhandlungen nunmehr in das entscheidende Stadium treten. Wie es heißt, besteht die Absicht, den Vollen des Reichsaußenministers, der bekanntlich vom Reichsanwalt mitübernehmen wird, endgültig zu befestigen, und zwar wird

Staatssekretär von Bülow als Reichsaußenminister genannt. Ebenfalls soll der Vollen des Reichsinnenministers, den kürzlich Reichsanwalt Greiner ersetzt, neu befestigt werden. Es verläutet, daß der Reichskommissar für die Preisüberwachung,

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, für dieses Amt in Aussicht genommen ist.

Hindenburgs Dankkundgebung.

Reichspräsidenten wird aus Anlaß seiner Wiederwahl folgende Kundgebung an das deutsche Volk:

Mit Dank für das mir von dem deutschen Volk erneut betraute Vertrauen und mit dem Gebotnis, auch weiterhin mit meiner ganzen Kraft dem Vaterlande und dem deutschen Volke zu dienen, nehme ich die auf mich gesandte Wiederwahl zum Reichspräsidenten an. Gestern meinem Eide werde ich mein Amt weiterhin im Geiste der Verfassungstreue und der Gerechtigkeit, mit dem besten Willen, unteren Botenstande, um Treue und Gleichberechtigung nach außen, zur Einigkeit und zum Wohle im Innern zu ertreiben. An alle deutschen Männer und Frauen, an diejenigen, welche mit ihrer Stimme, geben, wie an die, welche mich nicht gewählt haben, richte ich die Mahnung: Laßt nun den Hader ruhen und schließt die Reihen! So wie schon einmal bei meinem Amtsantritt vor sieben Jahren fordere ich auch heute gegen jedes deutsches Volk zur Mitarbeit auf. Die Zusammenkunft aller Kreise ist notwendig, um der Verwirrung und Hölle unserer Zeit Herr zu werden. Nur wenn wir zusammenstehen, sind wir stark genug, uns unter Schicksal zu messen. Darum: In Einigkeit vorwärts mit Gott!

Die Formalitäten nach der Wahl.

Ueber die Formalitäten, die nach der Reichspräsidentenwahl noch zu erledigen sind, sei folgendes mitgeteilt: Zunächst wird der Reichswahlleiter das endgültige Ergebnis feststellen. Alsdann wird sich der Reichswahlleiter an Hindenburg wenden mit der Frage, ob er die Wahl annehme. Nach der Erklärung des Reichspräsidenten tritt der Reichswahlleiter zusammen, um festzustellen, daß Hindenburg als zum Reichspräsidenten gewählt zu betrachten sei. Darauf wird das Wahlergebnis noch einmal zusammengelesen, womit der Wahlakt geschlossen ist.

Die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg ist noch nicht endgültig entschieden, doch dürfte nach Lage der Dinge sich eine nochmalige Wiederholung wohl erübrigen.

An der Kundgebung des Reichspräsidenten von Hindenburg heißt es ja auch, daß er „getreu seinem Eide“ sein Amt weiterführen werde.

Wahlbeteiligung etwa 83,6 v. H.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis beträgt die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen 38 491 694. Dies Ergebnis bedeutet eine Wahlbeteiligung von ungefähr 83,6 v. H. gegenüber einer solchen von 86,2 v. H. im ersten Wahlgang.

Hindenburg erhielt mit 83,0 v. H. gegenüber 49,6 v. H. im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Hitler erhielt 36,8 v. H. gegenüber 30,1 v. H., Brüning 10,2 v. H. gegenüber 13,2 v. H.

Hitlers Dank an seine Parteigenossen und Wähler.

Adolf Hitler hat am 10. April folgenden Aufruf erlassen: „Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Eine große und schwere Schlacht habt ihr gefochten. Ich wüßte, daß eure Treue unerhört ist. Den-

nach muß ich Euch für den unerhörten Glauben, eure Opferwilligkeit und euren Glauben danken.

Trotz aller Unterdrückungen und Verfolgungen hat eure Bewegung durch Euch einen neuen großen Sieg errungen, der sie berechtigt, sich als Vorkämpferin der nationalen Freiheit und damit der nationalen Zukunft zu fühlen.

Morgen beginnt der neue Kampf. Ich weiß: Ihr werdet auch in Zukunft des deutschen Volkes beste Wächter sein. Am 24. April werden wir uns abermals mit unseren Gegnern messen und einmal auch wieder der Tag kommen, an dem wir unsere Feinde zum letzten Siege tragen.

Adolf Hitler.

Haushaltsfragen — Außenpolitik.

Das Reichskabinett berät.

Berlin, 13. April.

Das Reichskabinett ist am Dienstag zusammengetreten, um vor der Abreise des Kanzlers nach Genf eine Reihe von finanz-, wirtschafts- und außenpolitischen Fragen zu behandeln. Die Beratungen drehen sich insbesondere um die Vorbereitung des neuen Haushalts. Am Mittwoch werden die Kabinettsberatungen unterbrochen, da der Kanzler auf dem sogenannten Kriegen-Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Rede hält. Am Donnerstag dieses Tages findet eine weitere Kabinettsitzung statt, die im wesentlichen den Fragen gilt, die in Genf irgendwie erörtert werden könnten oder sollen.

Ob angeht die Fälle der in dieser kurzen Zeitpanne zu behandelnden Probleme auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das das Kabinett schon in vielen früheren Sitzungen beschäftigt hat, erörtert wird, ist eine noch offene Frage. Ein sechsstündiger Entwurf hierzu liegt jedenfalls noch nicht vor. Die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms auf geheimer Grundlage ist bisher immer wieder an der Geldfrage gescheitert. Nichtsdestoweniger sind die zuständigen Referats bestrebt, Pläne auszuarbeiten, deren Durchführung im Bereich des Möglichen liegt.

Es ist anzunehmen, daß die hiermit zusammenhängenden Fragen, so u. a. auch die der beabsichtigten Ausweitung der Arbeitsstellenpflicht erst nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf praxisiert sein werden.

Wie schaffen wir Arbeit?

Zu den Erklärungen, die Reichsanwalt Dr. Brüning auf dem Kriegenkongress der Gewerkschaften abgegeben wird, erfahren wir noch: Ein regelrechtes Programm zur Arbeitsbeschaffung wird der Reichsanwalt nicht ausarbeiten. Er wird vielmehr nur die allgemeinen Richtlinien andeuten, in denen sich die Reichsregierung eine Beschäftigung des Arbeitsmarktes denkt. Der Reichsregierung liegen eine Fülle von Plänen vor, die jedoch an der Finanzengpässe scheitern könnten.

Im Stand der Möglichkeiten gegenüber Arbeitslosigkeit.

angereicht nach dem Wahl-Gesetzes beim Reichspräsidenten eingereicht sein.

Wahl im Jahre Vereinfachung zu Klage aber zugehörige Schiebung des Wahlergebnisses zu ändern die Landes-

Ag. Berlin, 12. April.

Die Sitzung ab, den Reichspräsidenten. Der Antrag auf Revision und die Entscheidung des Reichspräsidenten sind abzuwarten, in

Besteigung gelöst werden sei zu erwarten, daß der Haushalt bald dem Reichspräsidenten zugestellt werden könne.

Memorandum eingereicht.

Eltau vor dem Internationalen Gerichtshof angelegt. Amsterd., 13. April.

Die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan haben durch Vermittlung ihrer diplomatischen Vertreter im Haag bei dem Ständigen Internationalen Gerichtshof ein Verlangen gestellt, die künftige Regierung beantragt. Der Antrag gründet sich auf Artikel 17 des Memelabkommens.